

BÄDERDEBATTE

Kassels Bürger dürfen's ausbaden

Ein Hallenbad am Auedamm – ob er denn noch alle Tassen im Schrank habe? Nicht ganz so wörtlich, aber sinngemäß wurde das noch 2005 dem jungen CDU-Stadtverordneten Holler von den SPD Magistrats-Mitgliedern entgegengeschleudert, allen voran Dr. Barthel. Zu ablegen. Zu lange Wegezeit insbesondere für den Schulsport. Nur mit dem Auto erreichbar...

Ein indiskutabler Standort, schallt es bis heute von Fachleuten aus Bauverwaltung und Stadtplanung. Ein massiver Baukörper im historischen Aueparkgelände. Mehrkosten für die Fundamentierung auf schwierigem Baugrund, für die notwendige Erschließung mit öffentlichem Nahverkehr und für die Befestigung der Parkplätze sind bisher in den Kosten nicht berücksichtigt. Mehr Verkehr auf einer Straße, auf der die Umweltverbände den Durchgangsverkehr ausschließen wollen und die als Teil des Fernradweges zur Fahrradstraße umgewidmet werden kann. Eine Straße, die zum Teil zu schmal ist, als dass sich 2 Busse begegnen könnten. Der Auedamm:

► Flugblattaktion

An mehreren Tagen im Oktober verteilten Mitglieder des Bündnisses Kasseler Linke.ASG Flugblätter, mit denen sie zum Erhalt des Standortes des Stadtbades Mitte aufriefen. Die Reaktion der meisten NutzerInnen war interessierte Neugierde. Sie begrüßten in der Regel das Engagement für den Standort und den Erhalt ihres Bades. Viele drückten ihr Unverständnis angesichts der mangelnden Erhaltungsinvestitionen der Stadt aus, ein Umstand, der überhaupt erst dazu geführt hat, dass das Bad heuer abgerissen werden muss. Einigen reichte diese Aktion der Kasseler Linken. ASG nicht, sie forderten Unterschriftenlisten zum Erhalt ihres Bades und fragten nach weiteren Möglichkeiten, ihren Interessen Nachdruck zu verleihen.

kein Ort, zu dem sich bei Dunkelheit Frauen allein hintrauen und zu dem man die Kinder allein hingehen lassen könnte.

Alles Schnee von gestern – so der Kämmerer Dr. Barthel heute. Wider alle Vernunft peitscht er den Standort Auedamm durch. Weil das Grundstück der Stadt nichts kostet. Und weil angeblich Badegäste heute nur noch ein Bad in angenehmer Umgebung wollen.

Und was wird aus dem Freibad am Auedamm? Da das Hallenbad so teuer wird, bleibt für das Außengelände nur noch ein kleines Nichtschwimmerbecken übrig. Und der denkmalgeschützte und bei den Badegästen beliebte Sprungturm wird gleich umgehauen...

In der Innenstadt hingegen wird das Stadtbad Mitte zur Ruine. Die Innenstadtkaufleute warnen vor einer weiteren Verödung – zu recht. Erlöse aus dem Grundstücksverkauf? Werden wahrscheinlich durch die vorher erforderlichen Abriss- und Entsorgungskosten aufgeessen. Nutzungspläne für die Fläche – gibt's nicht. Noch ein neues Einkaufszentrum? Obwohl in der Nachbarschaft schon große Ladenflächen leer stehen und die Kurfürstengalerie immer nah an der Pleite schlingert?

Das Stadtbad Mitte ist aus guten Gründen vor 40 Jahren in die Innenstadt gekommen:

- Ein Anziehungspunkt für die Menschen, die in der Innenstadt wohnen,
- ein zu Fuß erreichbarer Erholungsort für viele Beschäftigte in der Innenstadt, die in Büros sitzend und in Läden stehend ihr Tagewerk verrichten und
- ein mit KVG und NVV von allen Ecken der Stadt optimal zu erreichender Standort, besonders für Kinder, Schüler, Ältere



und Behinderte.

Ein Neubau auf dem bisherigen Gelände ist möglich – auch mit 50 m-Sportbahn. Damit wäre unter den 30 vorgeprüften Standorten das Stadtbad Mitte möglicherweise die beste Lösung.

Die von SPD, Grünen und CDU jetzt favorisierte Lösung am Auedamm ist die denkbar Schlechteste. Dr. Barthel und seine Freunde werden längst in Pension sein, wenn die Kasseler die Fehlplanung ausbaden dürfen.

Axel Selbert

WEGE ZU EINER GUTEN LÖSUNG

Für ein Hallenbad im Herzen der Stadt

Auch wenn Dr. Barthel so tut, als habe er alles im Griff, auch wenn er prophetisch dem staunenden Publikum schon heute taggenaue Eröffnungstermine neuer und fertig sanierter Schwimmbäder verkündet: das ist natürlich alles kalter Kaffee und entbehrt jeder Professionalität.

Alles wird ganz anders kommen, denn was da in der letzten Zeit, scheinbar gutachtengestützt, unter die Leute gebracht und veröffentlicht worden ist, entbehrt teilweise jeder vernünftigen Grundlage. Was Kassel jetzt – nach Jahrzehnten des konzeptionslosen Sparens bei den Schwimm- und Hallenbädern – braucht, ist Besonnenheit zum einen und eine tragfähige, gründliche Bestandsaufnahme des Zustandes aller Bäder zum anderen. In Teilen liegt das sogar schon vor. Im Anschluss daran muss von den Fachämtern der Verwaltung (durchaus in Zusammenarbeit mit externen Bäderexperten) ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, das auf alle Fragen – Anzahl und Qualität der Bäder, Standorte, Anforderungen der Schulen und Vereine, Kosten und langfristige Belastungen etc. – eine schlüssige Antwort gibt. Im Anschluss an die Ent-

wicklung dieses Konzepts, das durchaus verschiedene alternative Lösungen und Standorte enthalten kann, eröffnet der Magistrat eine breit angelegte Debatte, in die die Schulen, Vereine und Gruppen von Schwimmbadnutzern einbezogen werden. Erst danach beginnt der parlamentarische Prozess, an dessen Ende dann, irgendwann im Herbst 2009, ein verbindlicher Beschluss der Stadtverordnetenversammlung steht. So in etwa stellen wir uns und viele andere in Kassel sich den Weg vor, den die Stadt gehen sollte, wenn sie sich aufmacht zu einer sozial verträglichen und umweltfreundlichen Lösung der Bäderfrage.

Was aber macht der Magistrat? Statt sich in etwa an das o. a. ausgeführte Vorgehen zu halten (und damit wäre er wirklich gut beraten gewesen), lässt er Herrn Dr. B. von der Leine bzw. auf das Bädertema los. Aber warum eigentlich? Gibt es im Magistrat doch Herrn Stadtbaurat Witte, der dort u. a. den Stadtplanungsjob macht und dafür bezahlt wird; aber auch noch OB Hilgen, der sich z.B. beim Thema Multihalle als strategischer Stadtplaner versucht hat! Also: warum darf Witte seine Arbeit

nicht machen und warum hält sich der OB so seltsam zurück? Hat Dr. B. vielleicht nicht genug zu tun? Das kann eigentlich nicht sein. Denn auch wenn er der schlechteste Sozialdezernent seit Jahrzehnten ist, auch wenn er sich als Kämmerer in all den Jahren in keiner Weise mit Ruhm bekleckert hat, zu tun hat er eigentlich genug. Oder ist er einfach nur vorgeprescht, damit er für seine Wiederwahl was zum Vorzeigen bzw. Fakten geschaffen hat, hinter die der Rest des Magistrats glaubt, nicht mehr zurückgehen zu können? Wie dem auch sei: Uns ist das ziemlich „wurscht“, denn bei der Debatte um die Zukunft der Bäder dürfen solche Erwägungen keine Rolle spielen, Vielmehr geht es darum, die für

die Stadt beste Lösung zu finden.

Und auch wenn wir nicht von uns behaupten wollen, das Gesamtergebnis, die „beste Lösung“ schon in allen Punkten im Kopf zu haben, so steht für uns doch eines fest: Das Stadtbad Mitte, auf einer durch Ankauf des Nachbargrundstücks vergrößerten Fläche, muss Dreh- und Angelpunkt eines vernünftigen Bäderkonzepts sein. Dieser Standort hat alles, was für das „Basishallenbad“ der Stadt unverzichtbar ist: ideale Lage und optimale Erreichbarkeit für alle, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Damit ist das „alte“ Hallenbad in der Mauerstraße für uns auch immer das neue Stadtbad Mitte: zukünftig mit einer attraktiven Fassade zur Kurt-Schumacher-Straße hin, möglicher Weise hervorgegangen aus einem hierfür ausgelobten Wettbewerb.

Während Dr. B. – dessen Horizont leider beim rein buchhalterischen Sparen aufhört und der sich außerdem übertriebene Hoffnungen in Bezug auf mögliche Erlöse beim Verkauf des Grundstücks Stadtbad Mitte macht – bei seiner Schnellschusstherapie für die „kranken“ Kasseler Bäder vor allem auf die Reduzierung der Anzahl der Bäder zielt und den Standort für das zentrale citynahe Bad im Vorfeld dicht machen will, sind wir genau gegenteiliger Meinung: wir halten das große Kombibad am Auedamm für den sensiblen Grün- und Erholungsbe- reich der Stadt - im Herzen von Karls- und Fuldaaue - für ungeeignet und außerdem für schlecht erreichbar. Die hohen Dauerkosten für eine deutlich verbesserte Busfrequenz auf dem Auedamm würden den Haushalt auf Jahrzehnte schwer belasten und machen am Ende die Erreichbarkeit nicht wirklich gut.

Wir verlangen vom Magistrat, die Bäderdebatte in professionelle Hände zu geben und Dr. B. diese Aufgabe mit sofortiger Wirkung zu entziehen. Niemand wird vermutlich verhindern können, dass Dr. B. sich zur Wiederwahl stellt und selbst uns wird es nicht möglich sein, dafür zu sorgen, dass den Kasseler Bürgerinnen und Bürgern weitere 5 Jahre ein Dr. B. erspart bleibt. Aber den Antrag, die Debatte um die Kasseler Bäder zu professionalisieren und damit zu versachlichen, wird niemand verhindern können.

Drake Schmidt



SOZIALDEZERNENT

Den Bock zum Gärtner gemacht

Seit den Zeiten der Schwarz-Grünen Kooperation in Kassel ist Dr. Barthel zugleich Stadtkämmerer und Sozialdezernent. Beide Aufgaben in einer Hand: das kann nur zu Lasten der Armen gehen. Zuständig für alle sozialen Hilfen und Aufgaben ist damit der Mann, der als oberster Sparkommissar der verschuldeten Stadt meint, „keine Wohltaten“ verteilen zu dürfen und der die Armen als lästige Kostenfaktoren betrachtet. Er sieht die drängenden sozialen Probleme in erster Linie aus dem Blickwinkel des Kämmerers, der zusätzliche Ausgaben und so genannte freiwillige Leistungen der Stadt abwehren will.

Die Kopplung der beiden Ämter ist schon fatal genug, aber die grundsätzliche Haltung von Dr. Barthel treibt dies alles auf die Spitze: er will bewusst nichts für die Armen in Kassel tun, weil er den Zuzug von hilfebedürftigen Menschen nach Kassel verhindern will. Arme sollen abgeschreckt werden, das ist der Kern seiner Politik. Den

► Debatte verhindert

Stadtverordnetenversammlung am 3. November 2008. Auf der Tagesordnung ein Antrag der Kasseler Linken: Sozialdezernat qualifiziert besetzen. Das Ziel des Antrags ist ein Appell der Stadtverordneten an OB Hilgen, dafür zu sorgen, dass das Sozialdezernat in andere Hände kommt. Kai Boeddinghaus begründet diesen Antrag und formuliert, warum Dr. B. für dieses Amt nicht geeignet ist. Die SPD nimmt Worte wie „menschlich nicht geeignet“ zum Anlass, eine Unterbrechung der Sitzung zu erzwingen. Kai Boeddinghaus konnte seine Rede später dennoch beenden, aber die SPD stellte flugs den Antrag auf Schluss der Debatte, obwohl diese noch gar nicht begonnen hatte. Auch CDU, Grüne und FDP wollten über diese Kernfrage Kasseler Politik nicht reden und verhinderten so eine Debatte über die Kasseler Sozialpolitik.

Der Antrag im Wortlaut: www.kasseler-linke.de/cms/j15/index.php?option=com_content&view=article&id=320:sozialdezernat-qualifiziert-besetzen&catid=14:antraege&Itemid=100052

Kampf gegen Arbeitslose führt er mit „robusten Anstrengungen“. Dr. B. vertritt immer noch offensiv, dass Hartz IV notwendig und richtig sei. Er verteidigt, rechtfertigt und beschönigt die tägliche Entwürdigung der Menschen, die gezwungen sind, „Kunden“ bei seiner AFK zu sein.

Die traurige Bilanz von vier Jahren Sozialdezernent Dr. B. zeigt sich in seinen Fehlleistungen.



Eine soziale Politik ist nötig und möglich

► Norbert Domes

Fraktionsvorsitzender der Kasseler Linke.ASG im Stadtparlament
norbert.domes@kasseler-linke-asg.net

Locker auf ein paar Millionen verzichtet

Dr. B. hat es geschafft, Fördergelder zur Qualifikation von Arbeitslosen in Höhe von etwa 40 Millionen Euro ungenutzt an die Bundesanstalt für Arbeit zurück gehen zu lassen. Er war so dreist, diese Unfähigkeit auch noch als richtige Maßnahme zu verteidigen. Das ist so skandalös, dass es ihn den Job kosten müsste. Man stelle sich die Empörung in gewissen Kreisen vor, Dr. B. hätte der Stadt zig Millionen Euro Förderung für den Flughafen Calden durch die Lappen gehen lassen...

Kommunal-Kombi vermurkst

Dr. B. hat in Kassel die Reste einer kommunalen Arbeitsförderung platt gemacht. So etwas wie Arbeit statt Sozialhilfe oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gibt es in Kassel nicht mehr. Inzwischen gäbe es neue Möglichkeiten einer kommunalen Arbeitsförderung. Kassel wurde wegen der hohen Arbeitslosigkeit in „Kommunal-Kombi“, ein Programm des Bundes, aufgenommen, sehr zum Leidwesen von Dr. B. Bei allen Nachteilen und Beschränkungen dieses Pro-

gramms könnte man damit in Kassel wenigstens für einige Jahre 1000 Ein-Euro-Jobs durch halbwegs normale Jobs ersetzen. Dr. B. will das nicht, denn nicht nur der Bund zahlt, die Stadt selbst müsste auch Geld in das Programm stecken. So wurde unter Dr. B. Leitung diese Chance vertan.

Sozialticket sabotieren

Die Forderung nach einem Sozialticket für Kassel hat breite Unterstützung. Von einem sozial denkenden Dezernenten müsste man erwarten, dass er Mittel und Wege sucht, wie Kassel zu einem solchen Sozialticket kommen kann. Aber Dr. B. tut das Gegenteil: er will die Forderung abblocken und erfindet deshalb einen städtischen Zuschussbedarf von mehr als 2

Millionen. Da passen zwar seine Zahlen hinten und vorne nicht zusammen, aber er will es nicht. Sorgfältig zu rechnen ist ihm nicht die Mühe wert, wenn es um Hilfen für Arme geht.

Es war zwar der frühere CDU-OB Lewandowski, der Dr. B. zum Sozialdezernenten machte, es war aber die wohl größte Fehlentscheidung von OB Hilgen, dass er diese Kopplung von Stadtkämmerer und Sozialdezernent in der Person des Dr. B. nicht rückgängig gemacht hat. Von einem anderen Sozialdezernenten, einer anderen Sozialdezernentin erwarten wir unter den gegebenen Rahmenbedingungen und Mehrheitsverhältnissen keine Wunder. Aber eine andere Haltung und damit eine sozialere Politik ist auch in Kassel möglich und überfällig.

Norbert Domes



Sozialpolitik in Kassel:
viel Abriss kaum Aufbau

INTERVIEW MIT DER INITIATIVE FÜR EIN SOZIALTICKET

Kein Aus für das Sozialticket

Was ist passiert in der Sitzung des Sozialausschusses im Oktober 2008?

Mitte September überreicht die „Initiative für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung“ den Fraktionen im Kasseler Stadtparlament die Aufforderung, die Einführung eines stark verbilligten Nahverkehrstickets für Einkommensschwache zu unterstützen. Schon am nächsten Tag bringt die SPD-Fraktion eine Anfrage für die nächste Sitzung des Sozialausschusses ein. Inhalt der Anfrage: Wo gibt es ein Sozialticket, wie wird es finanziert und was könnte es in Kassel kosten?

Die Antwort von Dr. Barthel: Zu teuer! Die Zahlen, die er dazu präsentiert, schienen nur ausgewählt, um jede weitere Überlegung in Sachen Sozialticket abzuwürgen. Zwar hat Dr. B. am Anfang richtig erkannt, dass jeder Versuch einer Kosten-Kalkulation zum jetzigen Zeitpunkt eine grobe Schätzung mit „großer Unsicherheit“ sei. Dann aber sprach er von mindestens 2 Mio. Mehrkosten für die Stadt.

In seiner Rechnung zählte er allerdings nur zusammen, wie viel weniger die KVG einnimmt, wenn eine viel zu hoch geschätzte Zahl Berechtigter statt eines teuren Monatstickets ein Sozialticket kaufen würde. Welcher Hartz IV-Empfänger kann sich aber ein normales Monatsticket leisten? Nicht mitberechnet hat er die zu erwartenden Mehreinnahmen durch den

Verkauf dieser Tickets: im Winter werden Fußgänger und Radfahrer auf Bahn und Bus umsteigen, es wird weniger SchwarzfahrerInnen geben...

Erfahrungen in und Vergleiche mit anderen Städten lassen nur einen Bruchteil der behaupteten Mehrkosten erwarten. Die Initiative kommt bei ihren Berechnungen auf höchstens 700.000 Euro Mehrkosten. Wir stützten uns dabei auf Erfahrungen anderer Städte, die dieses Ticket bereits eingeführt haben. So wurde z.B. in Köln 2007 der Zuschuss erst mal auf 4,8 Mio. geschätzt. Real wird er 2008 etwa bei 900.000 Euro liegen. Deshalb fordern wir, wie in Dortmund, Brandenburg und im Kreis Unna, einen Modellversuch für zwei Jahre.

Wie war die Reaktion der anwesenden BürgerInnen?

Von der Initiative waren ca. 20 Mitglieder – auch viele direkt Betroffene – anwesend. Die Art, in der das sozialpolitisch wichtige Anliegen, das die Armut in unserer Stadt ein wenig verringern könnte, vom Tisch gewischt wurde, war für viele ein Schock. Es gab großen Unmut. So kann sich Kassel nicht als tolerante Stadt profilieren! Wir waren sehr froh, dass die Kasseler Linke.ASG und der DGB in Presseerklärungen gegen die Art protestiert haben, in der die Forderung nach einem Sozialticket im Ausschuss abgefertigt wurde.

Wer soll das Sozialticket bezahlen?

Auch wenn die Schätzungen des Kämmers unprofessionell und unseriös sind, umsonst wird es ein Sozialticket nicht geben. Die KVG wird nicht in der Lage sein, die Kosten für ein Sozialticket vollständig selbst zu tragen. Es ist vielmehr die Aufgabe von Stadt, Region und Land, die Mehrkosten für den jeweiligen Nahverkehrsträger zu übernehmen, denn Mobilität für alle gehört zur kommunalen Da-



seinsfürsorge: erst bezahlbare Fahrkarten ermöglichen die Teilhabe am sozio-kulturellen Leben.

Die HNA verkündet: „Aus für das Sozialticket“ !

Das stimmt so nicht. Dem Stadtkämmerer und anderen aus dem Magistrat wäre das offensichtlich recht. Aber die (wenn auch unzureichende) Beantwortung einer Anfrage ist ja noch keine Entscheidung der Parlamentarier! Bevor die Entscheidung in der Stavo fällt, braucht es gründliche und qualifizierte Informationen und Diskussionen. Erst dann kann dort eine seriöse und verantwortungsvolle Entscheidung fallen.

Die „Initiative für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung“ arbeitet weiter: mit weiteren Unterschriften-Sammlungen, mit weiteren Informations- und Diskussionsforen und mit weiteren Aktionen in der Stadt-Öffentlichkeit. Wir bleiben am Ball.

Interview mit Petra Aulepp, Sprecherin der Initiative für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung

Mehr Infos:
www.attac-netzwerk.de/kassel/initiative-sozialticket/

Initiative für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung

Seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze Anfang 2005 wächst die Armut. Erwerbslosen, Sozialgeld-BezieherInnen, KleinrentnerInnen und Asylsuchende wird bis heute ein Ausgleich ihrer Kaufkraftverluste verweigert, obwohl gerade sie von Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Verbrauchssteuerrhöhungen besonders betroffen sind.

Jetzt muss auch auf lokaler Ebene der weiteren Verarmung entgegen gewirkt werden.

Wir wollen für Kassel und die Region ein ÖPNV - Sozialticket.

» So waren wir noch nie verbunden.
Mit der RegioTram direkt durch die City und in die Region.

Viel Spaß unterwegs! NVV KVG

KOMMENTAR

Koalition von SPD und Grünen in Kassel

Der Vertrag bietet viele - auch löbliche - Absichtserklärungen, aber wenig Handfestes. Bemerkenswert aber ist, was nicht drin steht. Nichts zum Flughafenneubau Kassel-Calden, nichts zum Langes Feld.

Die Vereinbarung kennzeichnet Flughafen und Langes Feld nicht als Punkte, bei denen SPD und Grüne unterschiedliche Positionen haben. Es wird auch kein Kompromiss formuliert. Es wird dazu einfach geschwiegen. Daraus muss man folgern: die Grünen akzeptieren offenbar stillschweigend die Position der SPD und hoffen darauf, dass es bis zur nächsten Wahl keiner merkt.

Warme Worte zu Sozialem

Die Auswirkungen der Agenda 2010 in Kassel werden aber nicht benannt. Das Wort Armut kommt nicht vor, zu 1-Euro-Jobs wird geschwiegen, Unterkunft- und Heizkosten, kommunale Strategien gegen die Armut, ein kommunales Arbeitsförderungsprogramm, das alles sucht man vergebens.

Und ebenso schweigt das Papier zur Forderung, in Kassel ein Sozialticket einzuführen. So richtig zuständig scheint die Stadt

für Sozialpolitik nicht zu sein: „Soziale Sicherheit bedeutet wesentlich auch Partnerschaft, Kreativität und bürgerschaftliches Engagement.“ So begrüßenswert bürgerschaftliches Engagement ist, die Stadt darf sich nicht mit ehrenamtlich organisierten Suppenküchen aus der Verantwortung für soziale Leistungen stehlen.

Jugend- und Bildungspolitik

Nicht viel anderes bietet die Vereinbarung in der Jugend- und Bildungspolitik. Immerhin werden gute Absichten formuliert, aber konkrete Vereinbarungen muss man mit der Lupe suchen. Begriffe wie Jugendzentrum, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Bildungsfonds kommen nicht vor.

Stadtentwicklung

Neben bereits beschlossenen Projekten, die völlig überzogen hochgejubelt werden („... die Fuldapromenade ist ein Meilenstein ...“) und einigen Absichtserklärungen werden nette Projekte ins Spiel gebracht, die eine Stadt mit gefülltem Säckel vielleicht verfolgen könnte, die aber in Kassel wirklich nicht zu den dringenden Investitionen zählen, wie etwa eine neue Fußgänger-Brücke über die Fulda beim Karls-

hospital. Zur Bäderproblematik enthält die Vereinbarung keine Zeile! Offenbar folgen die Grünen auch hier der SPD und ihrem Stadtkämmerer Dr. Barthel. Stadtentwicklung macht der Kämmerer nach Kassenlage. Fehlanzeige auch beim Verkehr: wo bleibt die dringend erforderliche Überarbeitung des Generalverkehrsplanes?

Magistratsposten

Konkret wird die Vereinbarung nur bei der Magistratsbesetzung. Barthel und Janz werden wiedergewählt. Und da nichts von einem neuen Dezernatszuschnitt zu lesen ist, soll Dr. B. offenbar Sozialdezernent bleiben. Die Zumutung, dass der Sozialdezernent die Schrödersche Agenda 2010 kommunal noch verschärft, statt Wege zu suchen, ihr entgegen zu wirken, die Zumutung eines Unsozialdezernenten für Kassel soll bleiben.

Kein Politikwechsel in Kassel. Dafür wurde nun monatelang zwischen SPD und Grünen verhandelt. Aber immerhin: die Grünen behalten einen Dezernatssitz. Wenn das kein Fortschritt ist!

Norbert Domes

MENSCHENRECHTE

Abschiebung nach der Landtagswahl ?

Keine Seltenheit ist die Geschichte der Familie Ikhlef, die seit einigen Monaten viele KasselerInnen bewegt.

Die 5-köpfige Familie, die seit 2003 versucht, in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt zu werden, war in Algerien Verfolgung und Folter ausgesetzt. Der Großmutter der Familie wurden dabei sämtliche Zehen und Finger abgeschnitten; die Mutter wurde schändlichst behandelt.

Wege Suizidgefahr und Burnout muss der Vater nun immer wieder im Krankenhaus behandelt werden.

Unter dem zunehmenden öffentlichen Druck vieler nordhessischer BürgerInnen, der aktiven UnterstützerInnengruppe und dem Verein Gf-Solidarität wurde die Duldung der Familie zunächst bis zum 21. Januar 2009 verlängert. Viele Tausend Un-

Ob die CDU-geführte hessische Regierung menschenwürdig entscheiden wird, ist fragwürdig.

Ein Grund mehr, die Linke zu wählen, damit es endlich einen Politikwechsel in Hessen gibt!

Kontakt zur UnterstützerInnengruppe: kahrnu-publik@t-online.de.

**Die Familie braucht ein humanitäres Aufenthaltsrecht sofort!**

▶ **Axel Selbert**

für die Kasseler Linke.ASG in der Stadtverordnetenversammlung
Direktkandidat zur Landtagswahl für Kassel West
axel.selbert@kasseler-linke-asg.net

terschriften wurden gesammelt sowie Infostände und Aktionen durchgeführt. Aber wie geht es weiter?

Impressum linKSzeitung

Herausgeber: Kasseler Linke.ASG
ViSdP: Norbert Domes
Obere Königstr. 8, 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net
www.kasseler-linke-asg.net
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume

BILDUNGSCHANCEN

Verbesserungen bleiben im Ansatz stecken

Umsetzungsdefizite beim Kommunalen Bildungsfonds

Die Kasseler Linke.ASG wirft dem Magistrat vor, die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung zur Einrichtung eines kommunalen Bildungsfonds zur Unterstützung einkommensschwacher Familien verantwortungslos zu verschleppen. Obwohl die Stadtverordneten auf Initiative der Kasseler Linken.ASG mit großer Mehrheit bereits im Dezember 2007 einen kommunalen Bildungsfonds auf den Weg gebracht haben, hat der Magistrat bis heute das Konzept hierzu nicht vorgelegt.

Der Jugendhilfeausschuss hat einstimmig den Magistrat aufgefordert das Konzept endlich vorzulegen. Die Kasseler Linke.ASG fordert klar, dass ein kommunaler Bildungsfonds auch mit städtischen Mit-

tein auszustatten ist. Sich ausschließlich auf private Initiativen zu verlassen, bedeutet die Kinder und Jugendlichen im Stich zu lassen. Wieder neigt sich ein Schulhalbjahr dem Ende zu, bei dem einkommensschwache Familien mit den Belastungen von notwendigen Anschaffungen für den Schulalltag allein gelassen wurden. Die Kasseler Linke.ASG stellte den Antrag im Haushalt 2009 für den kommunalen Bildungsfonds 250.000 Euro bereit zu stellen, der allerdings von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden ist.

Es muss endlich sichergestellt werden, dass die schon eingesammelten Spendengelder und die in diesem Jahr nicht benötigten Mittel für den kostenlosen Mittagstisch endlich auf Grundlage von transparenten Kriterien bei den SchülerInnen ankommen.

Für arme Kinder kaum mehr Geld

Zum 1.1.2009 wird das Kindergeld für die beiden ersten Kinder um 10 Euro, für weitere um 16 Euro, erhöht. Von der Kindergelderhöhung kommt bei den armen Familien kein Cent an, denn das Kindergeld wird komplett als Einkommen angerechnet, es wird also nur der dürftige Regelsatz für Kinder ausgezahlt. Ein kleiner Fortschritt sind die neu eingeführten 100 Euro für Schulausstattung bis zur 10. Klasse für Kinder im Transferleistungsbezug. Zynischerweise sind das aber im Jahr 20 oder 92 Euro weniger als die Kindergelderhöhung für Kinder außerhalb des Transferleistungsbezugs. Das Geld soll zu Anfang des Schuljahrs ausgezahlt werden, die Behörden können einen Nachweis der Schulumittelanschaffungen fordern.

ARBEITSPLATZABBBAU BEI DER TELEKOM

Die Zeche bezahlen die Beschäftigten

Im Juli beschloss die Leitung des Telekomkonzerns die Schließung des Kasseler Call-Centers.

Durch Zentralisierung sollen Kosten eingespart werden. Für Kassel bedeutet das den Abbau von 180 Arbeitsplätzen. Die Stellen sollen nach Fulda verlegt werden. Wie immer bezahlt die Zeche für zweifelhafte Entscheidungen der Unternehmensleitung die Belegschaft.

Jetzt scheint es endgültig zu sein. Konzernleitung und Gesamtbetriebsrat haben sich Ende Nov. 2008 „geeinigt“. Von den ursprünglich 63 Städten mit Telekom Call-Centern zur Kundenbetreuung in Deutschland bleiben 33 übrig. 6 weitere sollen mit abgesenktem Lohnniveau als Tochtergesellschaft der Telekom betrieben werden. Der Gesamtbetriebsrat, unterstützt durch viele Protestaktionen von Beschäftigten und ver.di, verhinderte die Schließung von 24 Standorten.

Für Kassel bedeutet das aber die Schlie-

ßung des Call-Centers. Die Telekom hat den Beschäftigten das Ergebnis der Einigungsstelle in der Nacht zum 28.11.2008 per Mail mitgeteilt. Umgesetzt wird das Ergebnis im zweiten Quartal 2010.

Konzernleitung und Aktionäre können sich nicht beklagen: „Wir haben den Konzernumsatz um 1,9% auf 62,5 Mrd. € gesteigert“, heißt es im Geschäftsbericht 2007.

„An den Telekommunikationsunternehmen in Deutschland ist die Wirtschaftskrise vorbei gegangen. Es besteht auch für die Telekom kein wirtschaftlicher Druck für solch immense Umstrukturierungen auf dem Rücken der Beschäftigten“, so der Kasseler Betriebsrat Dieter Karol.

Der Spruch der Einigungsstelle über das Standort-Konzept lässt viele Fragen offen. Ersatzarbeitsplätze in Fulda und 40 Mio. € zur Abfederung so genannter sozialer Härten werden von der Telekom aufgewendet. Für soziale Härten, die nicht entstünden, wenn die Telekom das Kahlschlag-Konzept nicht umsetzte.

Die Telekomern lassen sich damit nicht abspeisen. Aus diesem Grund gehen die Proteste und Aktionen in Kassel auch trotz Richterspruch weiter.

Wer sich beteiligen oder informieren möchte, kann sich an den Betriebsrat Dieter Karol dieter.karol@web.de wenden.



„Wie will'ste in Deutschland weiterkommen, wenn die Gewerkschaften nicht Seite an Seite stehen. Letztes Jahr hatten wir tolle Unterstützung von der IG Metall und von den KollegInnen bei VW. Das war super!“

Für ein Kommunikationsunternehmen wie die Telekom ist es beschämend, uns so reinlegen zu wollen: Gerade im Bereich Telekommunikation ist es möglich, die Arbeit zu den Menschen zu bringen. Callcenter werden überall in der Welt aufgebaut. Dass die Geschäftsleitung die Arbeitsplätze nach Fulda verlegen will, ist für mich eine Farce. Wir könnten die Kunden genauso gut in Kassel betreuen.“

Sandra Dittmar-Fuchs



LANDTAGSDESASTER

„Viererbande“ und der Koalitionsvertrag

Von Jürgen Walter wusste man, dass er kein Freund Ypsilantis war. Und dass ihm eine von der Partei Die Linke geduldete Koalition zuwider war, konnte man schon an seinem Gesichtsausdruck ablesen.

Er verkörperte wie kein Anderer den Widerwillen rechter Sozialdemokraten gegen ein solches Bündnis. Dennoch beteiligte er sich an den Koalitionsverhandlungen und beteuerte bis zuletzt - wie seine anderen beiden Spiesgesellinnen - Ypsilanti zu wählen. Zwei Tage vor der beabsichtigten Wahl platzte dann die Bombe der vier „Schläfer“ in der SPD: Man wolle Hessen vor größterem Schaden bewahren und das eigene Gewissen verbiete es, mit der Partei Die Linke Vereinbarungen zu schließen.

Die CDU warnte im Wahlkampf vor Kommunismus und vor Politikern mit ausländischen Namen. Trotzdem entschieden sich Hessens Wählerinnen und Wähler für einen Wandel in der Politik und für die Abwahl Kochs. Zu dieser Mehrheit gehörten die gewählten Abgeordneten der Partei Die Linke. Auch nach der Wahl im Janu-

ar 2008 wurde weiter das Schreckgespenst des Kommunismus bedient. Aber war Hessen tatsächlich von einer ökologisch orientierten Wiederauflage eines Morgenthauplans oder gar von der Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik „bedroht“? Wohl kaum. Die Partei Die Linke war mit 5,1% gerade mal so in den Landtag eingezogen. Und anstatt eines wortgewaltigen Karl Liebnechts, der protestierende Arbeiter gegen einen Wiesbadener Landtag führt und von dessen Balkon die sozialistische Republik Hessen ausruft, führt ein braver Willi van Ooyen die neuen Fraktionsmitglieder an. Doch nicht die sozialistische Räterepublik, sondern viele neue Gepflogenheiten beschäftigten die linken Abgeordneten im Landtag. Eine ihrer Hauptforderungen: 50.000 neue Arbeitsplätze in Hessen! Mit ihren Stimmen wurden die Studiengebühren in Hessen, wie versprochen, wieder abgeschafft.

Besonders die HNA ließ es sich nicht nehmen, gebetsmühlenhaft die Koch'sche Wortbruchthese zu wiederholen und den Untergang Nordhessens an die Wand zu

malen. Der Blick in die (nunmehr obsoleten) Koalitionsvereinbarungen zeigt, dass tatsächlich einige der Wahlversprechen von SPD und Grünen umgesetzt werden sollten. Nur die Partei Die Linke unterstützte diese Politik für mehr Chancengleichheit in der Bildung, eine innovative Energiepolitik und eine wieder stärkere Rolle des Naturschutzes. Über den Flugplatz Calden sollte noch einmal in aller Ruhe nachgedacht werden. Und angesichts des Desinteresses privater Investoren an dem monströsen Beberbeck-Projekt wäre dieses wohl nur Thema eines Dokumentarfilms über größtenwahnsinnige Provinzpolitiker geblieben. Der von CDU, FDP, Wirtschaftsverbänden und den maßgeblichen Medien entfachten Propaganda „gegen Wortbruch und Kommunismus“ konnten Ypsilanti und ihre Verbündeten außer ihrem guten Willen nichts entgegensetzen. Die vier SPD-Abtrünnigen verhinderten den angestrebten und von der SPD versprochenen Politikwandel.

Jonas Dörge

ANTIFASCHISMUS

Reichspogromnacht in Nordhessen

Der Antisemit will den Tod des Juden (Sartre). In Nordhessen war Antisemitismus besonders populär.

Im hessischen Raum lag einer der Schwerpunkte der systematischen Gewalttaten gegen die deutschen Juden. Während die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung in den meisten deutschen Regionen auf Anordnung der NS-Regierung in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 durchgeführt wurden, fand in Kassel die Generalprobe statt. Schon am Abend des 7. November wurden in Kassel jüdische Geschäfte geplündert und die Synagoge an der Unteren Königsstraße in Brand gesteckt. Dies waren keine heimlichen Aktionen, sondern sie fanden statt im Rahmen einer antijüdischen Demonstration in der Kasseler Innenstadt. Initiatoren der Ausschreitungen waren SA-Männer, Arolser SS-Männer und Kasseler Gestapoangehörige, die die zusehenden Kasseler Bürger zur Beteiligung ermunterten. Hunderte

Schaulustige waren dabei, als die Synagoge verwüstet wurde. Anschließend zog die Menge in die Große Rosenstraße, wo die Schul- und Verwaltungsräume der Jüdischen Gemeinde ebenfalls zerstört wurden. Jüdische Geschäfte und Cafés wurden geplündert. Wie in Kassel, so kam es vom 7. auf den 8. November u. a. in Bebra, Sontra und Rotenburg zu ähnlichen Aktionen. Einen Tag später, vom 8. auf den 9. November, fanden Pogrome in Beuern, Borken, Eschwege, Falkenberg, Felsberg, Fritzlar, Grebenstein, Guxhagen, Hersfeld, Homberg, Hoof, Treysa, Witzhausen und in Zierenberg statt. Überall zogen Schlägerhorden durch die Gemeinden, misshandelten jüdische

Bürger, verwüsteten Synagogen, jüdische Einrichtungen, Wohnungen und Geschäfte. In der Gemeinde Felsberg ist Robert Weinstein, nach dem 1. Weltkrieg Stadtverordneter in Felsberg, das erste Todesopfer des Pogroms in Deutschland.

In Deutschland kamen über 400 Juden im Zusammenhang dieser Aktionen ums Leben. Fortsetzung nächste Seite

Die am 7.11.1938 demolierte Große Synagoge in der Unteren Königsstraße



Kassel mit offenen Augen sehen

Die schönen Seiten von Kassel werden oft ins Bild gesetzt, vom Bergpark Wilhelmshöhe bis zur Karlsaue. Unser Fotowettbewerb soll jedoch den Schwerpunkt auf die benachteiligten Stadtteile und Quartiere der Stadt legen – dort wo wirklich Handlungsbedarf besteht. Die Bilder können zeigen, wo und wie Menschen in diesen Vierteln der Stadt leben, worunter sie lei-

den, wofür sie kämpfen, wie sie für sich ein besseres Leben erträumen und erstreiten.

Eine Jury wird dann Ende Februar eine Auswahl der Fotos treffen, die im März in einer Ausstellung gezeigt werden.

Für die Gewinner winken Sachpreise und Kulturgutscheine im Gesamtwert von etwa 100,- €.

Einsendeschluss ist der 15. Februar 2009

Alles zu Teilnahmebedingungen, Nutzungsrechten und Datenschutz kann auf der Internetseite www.kasseler-linke-asg.net eingesehen werden oder im Fraktionsbüro angefordert werden.

NEUWAHL IN HESSEN

Die Linke in den Landtag!

Links wirkt:

Mit der Linken im Hessischen Landtag wurden durchgesetzt:

- Die Abschaffung der unsozialen Studiengebühren
- Die Abschaffung der unsäglichen „Unterrichtsgarantie Plus“
- Tarifierhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
- Bis zu 2000 Neueinstellungen an Hessischen Schulen

Nur mit der Linken gibt es einen Politikwechsel in Hessen

- Gute Arbeit und gerechte Löhne 25.000 tariflich entlohnte Arbeitsplätze Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln
- Programm gegen die Armut eine ‚Hessen-Card‘ für ermäßigte Preise im Öffentlichen Nahverkehr und Freizeit- und Kultur.
- Gleiche Bildungschancen für alle Gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen als Regelschulen

- Von Arbeit muss man leben können: Flächendeckender Mindestlohn von 8,71€ wie in Frankreich.

- Keine Tariffucht im öffentlichen Dienst: Rückkehr Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder.

- Für nachhaltige Energie- und Umweltpolitik

- Für Demokratie und Mitbestimmung

- Für eine friedliche Außenpolitik

Am 18.1.2009 ist Wahltag.

► AG Grundsicherung

Mittwochs 10 - 12 Uhr
Hartz IV - Bürgersprechstunden
DIE LINKE, Schillerstraße 21
Bescheid mitbringen !

+ DIE + LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicher Weise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke.ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.

jüdischen Gemeinde in Kassel im Rahmen einer offiziellen Veranstaltung der Stadt und des Landkreises die restaurierte, von den Nazis am 7. November 1938 geschändete und zerstörte Thorarolle überreicht. Dennoch ist auch heute Antisemitismus weit verbreitet. So wird nach wie vor der u. a. von Holocaustüberlebenden gegründete Staat Israel bedroht und Juden sind weltweit Übergriffen ausgesetzt, nur weil sie Juden sind. Und auch in Kassel ist der Antisemitismus gegenwärtig. Die Schändung des jüdischen Friedhofs im August 2003 ist ein trauriger Beweis, die Notwendigkeit polizeilichen Schutzes der in Kassel neu errichteten Synagoge traurige Realität.

Jonas Dörge

sozial kompass

1. Kasseler Kultur- und Sozialkompass

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos, ...

Donnerstag 22.1.09
Offene Fraktionssitzung,
Stadtverordnetenvorbereitung, um 19 Uhr im Schlachthof, R 3, Mombachstr. 12

Jeden Dienstag 13- 15 Uhr
BürgerInnenprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke-asg.net

Fortsetzung

Reichspogromnacht in Nordhessen

Etwa 30.000 jüdische Männer wurden verhaftet und in Konzentrationslager transportiert. Sie waren dabei häufig dem Hohn, Spott und Schlägen Spalier stehender Mitbürger ausgesetzt. Von den Verhafteten kamen in den Konzentrationslagern noch einmal mehrere Hundert ums Leben. In Kassel wurden 258 Juden verhaftet und nach Buchenwald deportiert. Der Novemberpogrom steht für die Eskalation der nationalsozialistischen Judenpolitik, die dann in der ab 1941 minutiös geplanten Auslöschung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und Europa ihren Höhepunkt fand. Erst die militärische Niederwerfung Deutschlands durch die alliierten Truppen beendete diese Vernichtungspolitik. Für die meisten Juden, auch die Kasseler, kam die militärische Niederlage Deutschlands jedoch zu spät.

Durch Zuwanderung ist die jüdische Gemeinde in Kassel inzwischen wieder gewachsen. Am 9. November 2008 wurde der